

Rechtliche Grundlagen

Aufsichtspflicht und Haftung

Die Übertragung der Aufsichtspflicht ist ein Teil der elterlichen Sorge (§ 1626 BGB). Grundsätzlich sind alle Minderjährigen ohne Rücksicht auf ihre körperliche, geistige und seelische Entwicklung aufsichtsbedürftig.

Die Aufsichtsbedürftigkeit Minderjähriger endet, unabhängig von der individuellen Entwicklung, grundsätzlich mit Vollendung des 18. Lebensjahres. Der individuelle Reifegrad hat lediglich Einfluss auf Umfang und Maß der Aufsichtsführung. Volljährige können ebenfalls aufsichtsbedürftig sein, wenn ihr körperlicher oder geistiger Zustand eine Beaufsichtigung nach den jeweils konkreten Gegebenheiten erforderlich macht.

Zu unterscheiden ist die gesetzliche Aufsichtspflicht kraft ausdrücklicher gesetzlicher Bestimmungen, wie insbesondere die der Eltern gemäß § 1631 BGB und die Aufsichtspflicht durch vertragliche Übernahme.

In der Kinder- und Jugendarbeit liegt prinzipiell eine vertragliche Übernahme der Beaufsichtigung von den Eltern vor (§ 832 (2) BGB). Ein solcher „Aufsichtsvertrag“ kommt in der Regel formlos zustande und die Aufsicht muss nicht ausdrücklich vereinbart werden, sondern besteht auch dann, wenn sie zumindest stillschweigend übertragen wird, z.B. der Besuch der Gruppenstunde mit Wissen der Eltern. Die Aufsichtspflicht des Betreuenden ist in diesem Fall auf den örtlichen und zeitlichen Rahmen der Gruppenstunde beschränkt.

Dabei besteht in der Regel keine direkte vertragliche Beziehung zwischen Eltern und Betreuendem, sondern zwischen Eltern und dem Träger des Angebotes. Für eine Haftung aus § 832 (2) BGB „Haftung des Aufsichtspflichtigen“ ist dies jedoch unerheblich; eine Übertragungs-kette über den Träger an den Betreuenden ist ausreichend.

Anforderungen an die Aufsichtspflicht

Bezogen auf die Kinderfeuerwehren heißt das konkret: Wenn Eltern ihr Kind bei der Kinderfeuerwehr anmelden, entsteht ein Vertrag zwischen ihnen und dem Träger der Kinderfeuerwehr (Verein oder gemeindliche Einrichtung). Dadurch übertragen sie die Aufsichtspflicht für die Dauer der Gruppenstunden an den Träger. Dieser wiederum überträgt sie auf die Betreuungspersonen. Diese haften für die ihnen anvertrauten Kinder und müssen – sollte das aufsichtsbedürftige Kind aufgrund einer mangelhaft ausgeübten Aufsichtspflicht einen Schaden verursachen – für diesen Drittschaden nach BGB § 832 aufkommen:

„(1) Wer kraft Gesetzes zur Führung der Aufsicht über eine Person verpflichtet ist, die wegen Minderjährigkeit ... der Beaufsichtigung bedarf, ist zum Ersatz des Schadens verpflichtet, den diese Person einem Dritten widerrechtlich zufügt. Die Ersatzpflicht tritt nicht ein, wenn er seiner Aufsichtspflicht genügt oder wenn der Schaden auch bei gehöriger Aufsichtsführung entstanden sein würde. (2) Die gleiche Verantwortlichkeit trifft denjenigen, welcher die Führung der Aufsicht durch Vertrag übernimmt“ (Beck-Texte, Jugendrecht).

Der Bundesgerichtshof meint dazu:

„Das Maß der gebotenen Aufsicht bestimmt sich nach Alter, Eigenart und Charakter des Kindes sowie danach, was Jugendleitern in der jeweiligen Situation zugemutet werden kann. Entscheidend ist, was ein verständiger Jugendleiter nach vernünftigen Anforderungen unternehmen muss, um zu verhindern, dass das Kind selbst zu Schaden kommt oder Dritte schädigt“ (BGH in NJW 1984).

Hiermit ist gemeint, dass bei der rechtlichen Prüfung der Pflicht zur tatsächlichen Aufsichtsführung (Art und Umfang) im Einzelfall folgende Umstände berücksichtigt werden:

- Alter und persönliche Verhältnisse (z.B. Behinderung) der Aufsichtsbedürftigen
- Größe der Gruppe
- örtliche Verhältnisse
- Anzahl, Beherrschbarkeit und Einschätzbarkeit der vorhandenen Gefahrenquellen
- objektive Gefährlichkeit der Aktivität, z.B. Umgang mit Werkzeug, Schwimmbadbesuch
- Anzahl der Mitbetreuer, aber nur, wenn vorher eine Verteilung der Zuständigkeiten innerhalb des Teams vereinbart wurde

Daraus lässt sich schließen, dass im allgemeinen das persönliche Maß der Aufsichtspflicht:

- mit steigendem Alter der Kinder und Jugendlichen schon unter dem Aspekt des § 828 BGB (Mitverantwortung) ständig abnimmt.
- mit zunehmender Gefährlichkeit der Aktivität ständig zunimmt (z.B. Baden im See).
- bei umfangreichen Hinweisen und Warnungen schon im Vorfeld abnimmt.
- bei ungünstigen persönlichen Umständen des Aufsichtsbedürftigen zunimmt.
- bei mehreren Mitbetreuenden (und Aufgabenverteilung) abnimmt.
- bei zunehmender Größe der Gruppe ständig zunimmt.

Aufsichtspflicht und Experimente, z.B. im Rahmen der Brandschutzerziehung

Der Umfang der Aufsichtspflicht ist ebenso eng an die Art der Beschäftigung gekoppelt. Dabei spielen verwendete Spielgeräte und Werkzeuge eine besondere Rolle. Hier muss die gefahrlose Nutzbarkeit und technische Funktionstüchtigkeit überprüft werden. Die Beschäftigung mit gefährlichen Spielgeräten muss untersagt werden.

Dies bedeutet allerdings nicht, dass jede Tätigkeit, bei der eine gewisse Selbst- oder Fremdgefährdung nicht auszuschließen ist, vermieden werden muss. Der Bundesgerichtshof führt hierzu aus:

„Nicht unbedingt das Fernhalten von jedem Gegenstand, der bei unsachgemäßem Gebrauch gefährlich werden kann, sondern gerade die Erziehung des Kindes zu verantwortungsbewusstem Hantieren mit einem solchen Gegenstand wird oft der bessere Weg sein, das Kind und Dritte vor Schäden zu bewahren. Hinzu kommt die Notwendigkeit frühzeitiger praktischer Schulung des Kindes, das seinen Erfahrungsbereich möglichst ausschöpfen soll“ (BGH NJW 76/1684).

Eine sorgfältige und behutsame Anleitung sowie ausdrückliche Hinweise auf die bestehenden Gefahren sind allerdings notwendig. Bei besonders gefährlichen Gegenständen muss zudem die unbeaufsichtigte Beschäftigung verhindert werden. Bei Werkzeug muss die Betreuungsperson prüfen, „ob nach dem konkreten Alter und Entwicklungsstand der Umgang mit dem Werkzeug verantwortet werden kann“. Im Zweifel haben Sicherheitsgesichtspunkte gegenüber erzieherischen Erwägungen Vorrang.

„Durch umfangreiche Belehrungen, Warnungen und Kontrolle muss auf jeden Fall bei Geräten/Werkzeugen mit einer erhöhten Verletzungsgefahr dafür Sorge getragen werden, dass Schäden vermieden werden. Dies setzt allerdings voraus, dass die Betreuungsperson die entsprechenden Vorschriften und allgemein anerkannte Sicherheitsregeln kennt.“

Wie kann die Aufsichtspflicht erfüllt werden?

Oberstes Ziel der Aufsichtspflicht ist es, einen Schaden von den Schutzbefohlenen oder einen Schaden, den die Schutzbefohlenen einem Dritten zufügen können, zu verhindern. Um der Aufsichtspflicht Genüge zu tun, gibt es einige Dinge, die beachtet werden sollten.

1. Vermeidung und Beseitigung von Gefahrenquellen

Bevor mit einer Maßnahme begonnen wird, muss sich die Betreuungsperson davon überzeugen, ob der Veranstaltungsort Gefahrenquellen birgt, die beseitigt werden müssen. Dies gilt für den Gruppenraum ebenso wie für den Bolzplatz.

Wenn also Scherben auf dem Boden herumliegen oder kaputte Stühle im Gruppenraum stehen, dann müssen diese Gefahrenquellen beseitigt werden. Darüber hinaus ist es besonders wichtig darauf zu achten, dass man als Betreuungsperson selbst keine Gefahrenquellen schafft, z.B. gefährliche Werkzeuge offen herum liegen lässt.

2. Vorsorgliche Belehrungen und Mahnungen

Nicht alle Gefahrenquellen können beseitigt werden, daher müssen Kinder auf die Gefahren bestimmter Situationen und Verhaltensweisen aufmerksam gemacht werden, damit sie diese erkennen und meistern können. „Je größer die Gefahr ist, umso eindringlicher muss die Belehrung sein.“

3. Ge- und Verbote

Damit Kinder und Dritte nicht geschädigt werden, ist es oft notwendig, bestimmte Ge- und Verbote auszusprechen. So ist aber darauf zu achten, dass die Anweisungen nicht zu schwammig sind, wie z.B. „nicht zu nah an der Straße mit dem Ball spielen“. Hier muss mit einer eigenwilligen und unter Umständen gefährlichen Auslegung der Kinder gerechnet werden. Eine wichtige Regel: Niemand verlässt die Gruppenstunde ohne sich bei der Betreuungsperson abzumelden.

4. Überwachung

Belehrungen und Verbote genügen nur dann, wenn die Betreuungsperson von ihrem Erfolg überzeugt sein kann. Da sich eine solche Überzeugung nicht alleine aus „Menschenverstand“, sondern eher auf eine „längere und durch Überprüfung erhärtete Erfahrung des bisherigen Verhaltens des Minderjährigen...“ stützt, ist diese besonders am Anfang nach der Gruppengründung noch nicht gegeben. Von daher ist eine regelmäßige Kontrolle über die

Einhaltung von Ge- und Verboten notwendig. Dabei reicht meist eine unauffällige und stichprobenartige Überwachung aus, um festzustellen, wer sich an die Spielregeln hält und wer nicht. Eine offene und andauernde Kontrolle trägt wenig zum gegenseitigen Vertrauen bei und sollte nur in angemessenen Fällen angewandt werden. Ähnlich wie in der Schule spielt das Verhältnis der Betreuungsperson zu den Kindern eine wichtige Rolle. Ge- und Verbote werden in der Regel von einer „positiven Autorität“ eher akzeptiert.

5. Notwendiges Eingreifen

Verbote machen nur dann einen Sinn, wenn sie auch durchgesetzt werden. Hierbei muss jedoch der Grund der „Überschreitung“ beachtet werden. Bei unabsichtlicher Vergesslichkeit reicht meist eine erneute Belehrung oder zum Beispiel die Wegnahme des gefährlichen Spielzeugs. Besonders wichtige Verbote können durch das Androhen einer Strafe verdeutlicht werden.

Hinweise für die Gruppenstunden

Während der normalen Gruppenstunden muss die Betreuungsperson ständig wissen, wo sich die ihr anvertrauten Kinder aufhalten. Wenn die Betreuungsperson ausschließen kann, dass die Kinder oder Dritte gefährdet sind, darf sie die Kinder kurzfristig aus den Augen lassen (z.B. um ein anderes Kind zur Toilette zu bringen). Den Kindern muss vermittelt werden, dass sie ständig unter Aufsicht sind und dass die Betreuungsperson jederzeit wieder zurück sein kann. Sie dürfen nicht das Gefühl haben, dass der Erwachsene für längere Zeit abwesend ist und sie nicht unter Beobachtung sind. Die Kinder müssen auch jederzeit wissen, wo sich die Betreuungsperson aufhält, damit sie schnellstmöglich gefunden wird, wenn es notwendig ist. Mit zunehmendem Alter ist eine ständige Beaufsichtigung durch Betreuungspersonen nicht mehr zwingend notwendig. Die Betreuungsperson kann sie, je nach Situation, Alter und Charakter der Kinder, unbeaufsichtigt lassen, muss aber in regelmäßigen Abständen kontrollieren.

Hinweise für besondere Veranstaltungen

Die Erfahrung hat gezeigt, dass bei besonderen Veranstaltungen oder Aktivitäten (z.B. Versuche mit Feuer) der Betreuungsschlüssel erhöht werden muss und angemessene Sicherheitsmaßnahmen getroffen werden müssen. Dazu gehört auch, dass bei Fahrten im PKW oder Feuerwehrauto die entsprechenden Kindersitze benutzt werden und die Anschnallpflicht eingehalten wird.

Generell ist daher festzuhalten, dass der Aufsichtspflicht gegenüber Minderjährigen ein sehr hoher Stellenwert einzuräumen ist. Die Eltern der Kinderfeuerwehr-Mitglieder vertrauen den Betreuungspersonen ihre Kinder für die Zeit der Gruppenstunde an und mit der Übergabe der Kinder zu diesen Terminen bis zu ihrer Abholung wird die Aufsichtspflicht übertragen. Es ist also stets dafür Sorge zu tragen, dass bei allen Unternehmungen, Experimenten etc. eine ausreichende Anzahl von Betreuungspersonen vor Ort ist, welche die gewissenhafte Fürsorge und Aufsicht der anvertrauten Kinder gewährleisten.